

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

37. Jahrgang / 145

3. August 1982

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, fordert die Partei auf, "aus dem Sommerloch herauszukommen": SPD-Politik im "großen Gespräch" verdeutlichen.

Seite 1

Dr. Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages, verlangt unter Hinweis auf alarmierende Erkenntnisse über den Rechtsextremismus: Neonazis das Handwerk legen.

Seite 4

Klaus Thüsing MdB, Mitglied der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe, spricht sich für die Anerkennung der PLO aus: Es geht ums Überleben.

Seite 6

Heraus aus dem Sommerloch

SPD darf nicht in egoistischen Opportunismus abgleiten

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Ist dies ein Sommer: Zunächst der seit 1980 eingeübte "Komponentenstreit" um den Haushalt. Der eine empfand ihn stocksolide, die anderen reagieren stocksauer. "Zufriedenheit" ist ein Wort, mit dem dieser nun schon fast ritualisierte Vorgang nicht erfaßt werden kann.

Die Liberalen führen in Hessen ihre Wende vor, holten die alten Zöpfe raus, nahmen Abschied von sich selbst, hofierten Drogger. Aufgeregt schrieb CDU-Kohl an seine Abgeordneten wie an Komsomolzen: Seid bereit. Aber auch Unionisten wurden bei dem Gedanken nervös, daß solche Kohläuer zur Regierungssprache der Bundesrepublik werden könnten. Die Kandidaten drängeln sich.

Unversehens erreichte die Politik einen sommerlichen Stich ins Grüne. Zwar war von Natur und Umwelt weniger die Rede, mehr eigentlich von Finessen und Taktik gegenüber der neuen 4. Partei. Da wollte keiner "schön dumm" sein. Man machte seine Spiele und seine Rechnungen mit der neuen Karte. Die sogenannten "Struktur"- und die "Wertekonservativen" kalkulierten ihre Zukunft auf Kosten der Sozialdemokraten. Grün-Kohl-Perspektiven machten die Runde. Biedenkopf, Kohl und Kiep gingen "auf Empfang", knobelten aus, wie sie bei einer solchen 4. Partei selbst zur Mehrheit kommen, die Bundesrepublik zum Einheitsladen der Union werden könnte.

Piötzlich tauchten auch die "prima Kerle" aus dem Sommerloch auf, drängten uns, die eigene Partei, zum Ausstiegrüde gegenüber Helmut Schmidt, mit Agitationsmanier auf den Beifall der Szene aus. Gespart wird offenbar nur noch



beim Geld. Unwillkürlich denkt man an den Satz des Vorsitzenden, alles zu tun, damit Strauß unter 70 Prozent bleibt.

Uns langt's. Die Sommerjagd nach den Gänsefüßchen öffentlicher Zitate ist verräterisch: meist dieselben Sprüche, die gleichen Leute, unaufhörlich Windungen und Wenden, abenteuerlich die Ämter-, Posten- und Karriererechnungen. Nicht die sozialökonomische Krise und die politischen Gefahren der 80er Jahre beschäftigen die Sommerszene, nicht Probleme und Ziele: eher schwüles Feuilleton und Komponententümelei, flinke Kungelei. Kein Wunder, daß diese Saison den Typ des "Beschaffers" hervorbringt. Hoffie führt in Hessen vor, was man darunter zu verstehen hat.

Von diesem für die Politik gefährlichen Abgleiten in egozentrischen Opportunismus muß sich die Sozialdemokratie freihalten. Hier geht es nicht mehr um Kompromißfähigkeit, sondern um politischen Charakter. Sich tändelnd, anbiedernd und zwinkernd durch die politische Landschaft zu schlängeln, läßt sich mit unserem Selbstbewußtsein und unserer Überzeugung nicht vereinbaren. Wie ein Kreiselkompaß nach allen Farben auszuschlagen, gehört nicht zu unserem Bild der Sozialdemokratie.

Gemessen werden wir hier wie anderenorts an unserer Fähigkeit und Kraft, den Krisen dieses Jahrzehnts gewachsen zu sein. Wir müssen an der Sache bleiben, sie aufgreifen, nicht in Regenerationsseuffzer verfallen, uns um die Menschen und die Bedingungen ihres Daseins kümmern, aufgeschlossen und bewegungswillig sein. Wenn der Sozialstaat den Konservativen in die Hände fällt, droht mehr als DM zehn Kurgeld pro Tag. Gemeint ist: Nicht zwischen Bagatellisierung und Dramatisierung zu schwanken, sich vielmehr die Aufgaben dieses Jahrzehnts bewußter zu machen und unverwechselbar in der eigenen Politik zu bleiben. Darunter ist vor allem zu verstehen:

- Die Arbeit der Menschen, ihre Beschäftigungschancen, nicht sterile Komponentenhaus-hälterei müssen die deutsche Innenpolitik bestimmen. Sicher ist umsichtige Finanz-politik wichtig. Wir leugnen das nicht. Daß daraus aber ein alljährlicher Sommer-zirkus wird, anstatt zu präzisieren, wie die Stabilität zerstörende Arbeitslosig-keit bekämpft und damit der Kompaß der Politik unzweideutig wird, widerspricht Er-fahrungen und Empfindungen.
- Ehrlich muß gesagt werden, daß die westlichen Industrieländer im Winter die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg befürchten müssen. Wahr ist auch, daß öffentliche Einnahmen und soziale Sicherheit mitleiden, wenn Arbeit und Einkommen wegsacken. Das Thema Arbeit muß politisiert und parlamentarisiert werden, darf nicht in Bei- und Verwaltungsräten dümpeln. Das haben wir dargelegt, und das erwarten wir von sozialdemokratischer Politik.
- Vor allem aber: Soll die Jugendarbeitslosigkeit weiterhin in Appellen, Prüfungen und solchen Sprüchen, wie kürzlich in der EG, stecken bleiben? Abschlagzahlungen hel-fen nicht weiter. In den 70er Jahren hatten wir die Courage, mit der Flexibilität der Lebensarbeitszeit zu beginnen, den Konflikt um die Schaffung hunderttausender neuer Lehrstellen auszutragen, den Numerus Klausus zurückzudrängen und Zuwanderungs-bedingungen zu verändern. Wenn steril nur von "angebotsorientierten Rahmenbedingungen" geredet wird, aber die großen Nachfrageprobleme und Erwartungen verdrängt werden, dann wachsen die Folgen über den Kopf.
- Wir streiten für mehr öffentliche Investitionen. Sie waren Rückgrat des wirtschaft-lichen Aufbaus. Wenn sie ausgerechnet heute abgleiten, nehmen Rezessionen zu, Wirt-



schaft und Arbeitsplätze ab. Von uns wurde gesagt und beschrieben, wie Beschäftigung, Wirtschaft und Umweltinvestitionen miteinander verbunden werden müßten. Wir haben das Bild leistungsfähiger Umweltpolitik eines Industrielandes vor Augen. Daß andere gegen unsere Münchner Beschlüsse zetern, irritiert uns nicht. Daß aber die Notwendigkeiten leiden und ausgerechnet uns selbst skurrilste Faxen auch noch als "Denkanstöße" vorgehalten werden, das geht zu weit.

- Die Einkommensdebatte wollen wir ehrlicher sehen. Daß selbst hohe Beamte und Mehrfachempfänger von Leistungen als "Sonderopfer" vorgestellt, große Einkommen als "Rahmenbedingungen" betrachtet, betriebstätige Arbeitnehmer dagegen des Anspruchsdenkens und des Mißbrauchs verdächtigt werden - zeigt das Klima im Sommerloch. Soll die Arbeitnehmerschaft im Frühjahr stets mit den Löhnen, im Herbst mit wachsenden Beiträgen, Abgaben und Gebühren, zum Beispiel für Mieten, Gas, Wasser, Licht, Fahrkarten und Briefmarken zur Kasse geholt werden? Daß die bürokratische Raffinesse immer mehr zunimmt, wird bei der Betriebsarbeiterschaft zu Reaktionen führen.
- Bei Schellenberg, Preller und Auerbach haben wir gelernt, daß eine neue Sozialpolitik die Verantwortung für Arbeit, Arbeitsbedingungen, Arbeitsverdienste und die Rolle der arbeitenden Menschen im Arbeitsleben schärfen muß. Arbeit sollte menschlicher werden, im Schatten der Technologie nicht rüder. Aus dieser historischen Überzeugung und Leistung der Sozialdemokraten darf nicht RVO-Pfuscherei werden, an die Stelle sozialer Strukturpolitik nicht ein Umbuchungskarusell treten, das alljährlich die Defizite von einem Zweig der sozialen Sicherung zum anderen schaukelt. Schellenberg wußte, daß soziale Sicherheit nicht vom agitatorischen Gehabe und vom Trick, sondern von Vertrauensfähigkeit, dem Begreifen sozialer Prozesse und dem Einfluß auf Daseinsbedingungen lebt.
- Ein Beispiel müssen wir geben, wie auch die politische Mitbestimmung der arbeitenden Menschen gestärkt und Organisation als angewandte Politik entwickelt wird: daß Parlamente nicht eine Art Verwaltung, ihre Zusammensetzung nicht immer schlagseitiger und die Politik nicht eine Mischung von Glasperlenspiel und Expertentümelei wird. Die politischen Apparate dürfen sich nicht wie Vorgesetzte der Bevölkerung aufspielen, Organisation nicht fade Routine sein. Vielmehr müssen Ideen, Lebensauffassungen, müssen gesellschaftliche Wirklichkeit und Reformwilligkeit deutlich und Tendenzen bürokratischer Verkrustung zurückgedämmt werden. Mitbestimmung heißt nicht, daß dauernd nur andere für einen sprechen, sondern man selbst das Wort erhält. Das wird auch deutlich werden, wenn es in den nächsten Jahren um Frieden und Selbstbewußtsein in Europa geht.

Wir wollen heraus aus dem Sommerloch. Vor zwei Jahrzehnten rief Herbert Wahner zum "Großen Gespräch", zur engen Beziehung zu den Menschen auf. Der Gedanke, daß an seine Stelle "small talk" des Rheintals tritt, schreckt uns. (-/3.8.1982/ks/rs)

+ + +



Neonazis des Handwerk legen

Alarmierender Höchststand rechtsextremistischer Delikte

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die Gesamtzahl rechtsextremistischer Gesetzesverstöße und Gewalttaten hat in den zurückliegenden Jahren ständig zugenommen. Mit der Zahl von 1.824 Delikten im Jahre 1981 wurde jetzt ein neuer alarmierender Höchststand seit Kriegsende erreicht. Waren es 1974 noch 136 registrierte Fälle so stiegen die Gesetzesverstöße - teils langsam teils in Sprüngen von Jahr zu Jahr an - über 992 Verstößen im Jahr 1978, 1.483 Fällen 1979 auf 1.643 Delikte im Jahre 1980.

Es muß daran erinnert werden, daß in all diesen Jahren gerade von sozialdemokratischer Seite auf die Gefahren des wachsenden Rechtsextremismus im allgemeinen und des Neonazismus im besonderen warnend aufmerksam gemacht wurde. Die Reaktionen aus dem konservativen Lager waren zumeist bis in die allerletzten Jahre hinein oberflächlich, beschwichtigend oder demagogisch abwehrend. Bis in die Parlamente hinein ist diese Verständnislosigkeit der CDU/CSU protokolliert worden. Der SPD wurde entweder vorgeworfen, sie sehe braune Gespenster oder man vertrat die perfide These mit der Warnung vor den Trends im Rechtsextremismus wollten die Sozialdemokraten nur vom Linksextremismus etwas ablenken.

Inzwischen hat man in den demokratischen Parteien allgemein begriffen, daß die Entwicklung im Bereich des Rechtsextremismus ernst genommen werden muß. Die vernünftigen Kräfte in den Unionsparteien sollten sich allerdings frühzeitig an die Arbeit machen und jene Entgleisungskünstler in ihren Reihen in Zucht und Ordnung nehmen, die schon bisher gelegentlich die Unverschämtheit besessen haben, unterschwellig der sozialliberalen Politik die Verantwortung für diese Entwicklung zuzuschieben zu suchen.

Die anhaltenden Mahnungen und Appelle der SPD, den Gefahren des Rechtsextremismus auf allen Gebieten mit dem Instrumentarium unseres Rechtsstaates unverzüglich und noch entschiedener zu begegnen, sind freilich in den letzten Jahren nicht ungehört verhallt. Unverkennbar sind die staatlichen Maßnahmen gegen den Rechtsextremis-



mus in Bund und Ländern insgesamt spürbar intensiviert worden. Gleichwohl ist es angesichts der nun bekannt gewordenen neuen Zahlen ein verpflichtender Auftrag für die Politik zu prüfen, wie die Tätigkeit der Polizei, des Verfassungsschutzes und der Justiz in diesem Bereich zusätzlich unterstützt werden kann. An die Justiz ist erneut der Appell zu richten, den vorhandenen Strafraumen gegen rechtsextremistische Täter konsequent auszuschöpfen. Der Verfassungsschutz in Bund und Ländern muß bereit und personell wie materiell dazu in der Lage sein, seinen verfassungsmäßigen Auftrag im Bereich des Rechtsextremismus zu leisten. Hier sind die politischen Verantwortlichen in besonderem Maße gefordert.

Ein besonders schlimmes Alarmsignal sind die neuesten Zahlen über die bedrohlich steigende Tendenz ausländerfeindlicher Aktionen. 119 Fällen des Jahres 1980 stehen 297 Fälle im Jahre 1981 gegenüber und während des ersten Halbjahres 1982 hat sich diese Tendenz weiter verschärft. Verschiedentlich hat die Ausländerfeindlichkeit bereits Züge eines regelrechten Fremdenhasses angenommen und nationalistische oder rassistische Agitationen auch in organisierter Form schießen wie Giftpilze aus dem Boden. Die Mordanschläge auf Ausländerwohnheime in Lörrach und Hamburg sowie der dreifache Mord an Ausländern durch einen gerichts- und polizeibekanntem Rechtsextremisten in Nürnberg demonstrieren, wohin systematisch betriebene Hetze gegen ausländische Mitbürger führen kann.

Vor diesem Hintergrund sollten Bund, Länder, Gemeinden und gesellschaftliche Gruppen den ihnen jeweils möglichen und aufgegebenen Beitrag in der Ausländerpolitik leisten. Vor allem aber wäre es bitter nötig, daß die demokratischen Parteien insgesamt begreifen, worauf es jetzt ankäme: eine konzertierte und konzentrierte Aktion, Aufklärung und Vertrauensarbeit bei der Bevölkerung zum Thema Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Denn auf Schritt und Tritt stößt man in der ausländerpolitischen Diskussion auf mangelhafte Tatsachenkenntnisse und die Tendenz zu pauschaler Betrachtung von objektiv unterschiedlichen Sachverhalten. Eine derartige konzertierte Aktion zum Abbau von Informations- und Wissensdefiziten beim Bürger wäre nicht nur wesentliche Voraussetzung für eine auf Dauer angelegte Ausländerpolitik. Sie sollte eigentlich die beinahe selbstverständliche Antwort aller Demokraten auf den perfiden Versuch rechtsextremistischer und reaktionärer Kreise sein, in Zeiten wirtschaftlicher Probleme die Ausländer zum Sündenbock zu machen, um auf diese Weise politisch zu profitieren. Es geht jetzt darum, diesen rechtsextremen und neonazistischen Elementen unverzüglich das Handwerk zu legen. (-/3.8.1982/ks/rs)

+ + +



Es geht ums Überleben

Anerkennung der Rechte der Palästinenser heißt Anerkennung der PLO

Von Klaus Thüsing MdB

Mitglied der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe

Wie immer der Libanon-Krieg militärisch ausgehen wird, die politische Niederlage Israels ist offensichtlich. Nicht nur, daß der Angriffskrieg mit schrecklichen Verlusten unter der Zivilbevölkerung Israel politisch-moralisch schwer geschadet hat; der Kampf um West-Beiraut, von der Armee Israels seit Wochen umstellt und bombardiert, macht deutlich, daß eine militärische Lösung neben großen Opfern an Menschenleben auch politisch eine Katastrophe wäre.

Tatsächlich ist der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern von Anfang an immer politischer Natur gewesen, bestand darin, daß sich der jüdisch-israelische und der arabisch-palästinensische nationale Anspruch gegenseitig bis zum heutigen Tage ausschlossen.

Die Furcht vor politischer und wirtschaftlicher Unterwerfung führte schon während der Mandatszeit zwischen den beiden Weltkriegen in Palästina zu blutigen Aufständen der arabischen Bevölkerung, weil die jüdische Nationalstaatsbildung mit einer Verdrängung der palästinensischen Araber einherging. Schon 1929 stellte - nach Unruhen in mehreren Städten Palästinas - eine britische Untersuchungskommission fest: "Ein Nationalheim für die Juden, wie es allgemein verstanden wurde, war mit den Wünschen der arabischen Nationalisten unvereinbar. Während die Forderungen des arabischen Nationalismus, wenn sie anerkannt worden wären, die Erfüllung der den Juden gegebenen Zusicherungen unmöglich gemacht haben würden."

Die Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 war zugleich die Niederlage des palästinensischen Nationalismus, machte den Großteil der Palästinenser zu Flüchtlingen und damit politisch weitgehend rechtlos und zum Spielball der Interessen arabischer Staaten und andererseits die in Israel verbliebenen Araber zu Bürgern zweiter Klasse - trotz der formellen Gewährung gleicher Rechte. Insbesondere die ständige Enteignung arabischen Landes in Israel hat die Kluft zwischen der inzwischen auf über eine halbe Million angewachsenen arabischen Bevölkerung Israels und der jüdischen Mehrheit von über drei Millionen vertieft.

Die Niederlage der arabischen Staaten im Sechs-Tage-Krieg von 1967 hat das Vertrauen der Palästinenser, ihre Sache sei bei den arabischen Staaten in guten Händen, endgültig erschüttert. Die Neuorganisation PLO als Zusammenschluß mehrerer Gruppen (mit der Fatah als Kern) zu einer politischen-militärischen Organisation, die unabhängig von der Politik der arabischen Staaten für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser kämpfte und dafür nach dem jordanischen Schwarzen September 1970 im Libanon wegen der inneren Zerrissenheit des Landes eine vorläufige territoriale Basis finden konnte, war die Antwort der Palästinenser.

Der mit Hilfe der Vereinigten Staaten mit dem sogenannten Camp-David-Abkommen von 1978 eingeleitete Friedensprozeß war zwar insofern ein Durchbruch, als erstmals seit 1919 mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Sadat ein Araberführer bereit war, mit der jüdisch-israelischen Seite zusammenzuarbeiten, doch die Logik des Camp-David-Abkommens beinhaltet weitere Friedensverträge zwischen Israel und den arabischen Staaten, nicht aber die Einlösung des nationalen Anspruchs der palästinensischen Araber. Unter der "Autonomieregelung" des Abkommens für die unter israelischer Besatzung lebenden Palästinenser versteht Israel lediglich die Gewährung einer beschränkten Selbstverwaltung unter israelischer Verwaltung, womit die besetzten Gebiete zu einer Art israelischer Kolonie werden.



Die geschichtliche Erfahrung der Palästinenser ist ganz ähnlich der der Juden: Ein Volk muß sein Schicksal in seine eigenen Hände nehmen, wenn es leben und überleben will. Diese Erfahrung macht die Stärke der PLO aus, die von allen Palästinensern - auch von denen in Israel und unter israelischer Besatzung Lebenden - als politische Vertretung anerkannt wird. Niemals hat Israel auf Palästinenser hinweisen können, die mit nur ähnlicher Legitimität wie die PLO für die palästinensischen Araber hätten sprechen können.

Die PLO kann deshalb nicht zerbombt werden, weil man die legitimen Rechte eines Volkes von über vier Millionen Menschen nicht militärisch vernichten kann, es sei denn, das Volk der Palästinenser erleide ein Genozid, der Israel als politische Absicht sicherlich nicht unterstellt werden kann.

Die PLO als legitime Vertreterin der Palästinenser anzuerkennen heißt nicht, alle Erklärungen und militärischen Aktionen der PLO rechtfertigen - wo wäre das auch sonst zwischen Völkern und Staaten der Fall -, heißt aber der politischen Dimension des Konfliktes endlich Rechnung zu tragen. Dieser Schritt statt eines mörderischen Krieges ist von Israel zu fordern, wie dann und danach an die palästinensisch-arabische Nation die Forderung gilt, anzuerkennen, daß sich im Land eine eigenständige jüdische Nationalität gebildet hat. Programm und Wirklichkeit eines ausschließlich nationalen Anspruches einer Seite müssen verworfen werden, wenn man den Frieden will.

Die gegenwärtige Politik Israels bedeutet die Aufrechterhaltung kolonialer Strukturen in Israel und den besetzten Gebieten und den Zwang zum immer wiederkehrenden Griff nach militärischer Gewalt, wodurch sich der Konflikt laufend verschärft. Ein Konflikt, der auch für die Bürger Israels nicht mehr tragbar ist und zunehmend zum Protest seiner eigenen Bürger führt.

Die Palästinenser hätten die Konfliktlogik dadurch zu durchbrechen, daß sie das Recht der jüdischen Nation anerkennen, in einem gesicherten Staat zu leben.

Für eine Lösung ist auch ein territorialer Kompromiß notwendig, da eine Nation ohne Land nicht leben kann. Nach bürgerkriegsähnlichen Unruhen hat schon die britische Peel-Kommission 1937 festgestellt: "Aber während keines dieser Völker gerecht über Palästina herrschen kann, sehen wir keinen Grund, warum nicht jedes Volk einen Teil davon beherrschen könnte."

Für unsere Politik bedeuten diese Feststellungen, daß wir nicht nur die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes - zu denen das Selbstbestimmungsrecht über die nationale Zukunft gehört - anerkennen sollten, sondern auch die PLO als legitimierte Sprecherin des palästinensischen Volkes.

Sicherlich gibt es nach wie vor eine besondere Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland für den Staat Israel. Aus dem Dilemma der deutschen Israelpolitik zwischen moralischer Verpflichtung einerseits und realpolitischer Orientierung andererseits führt aber nur eine Politik heraus, die sich nicht dann als moralisch versteht, wenn sie einseitig Partei ergreift, sondern die auf die moralischen Prinzipien baut, wie sie beispielsweise auch unserer Verfassung zugrundeliegen. Also sich von der Beachtung der Menschenrechte, dem Selbstbestimmungsrecht, dem Willen zum Frieden, dem sozialen Fortschritt und einem gerechten Interessenausgleich leiten und diese Prinzipien für alle Seiten gelten läßt.

(-/3.8.1982/ks/rs)

+ + +

